

Es informiert Sie	Kerstin Weber
Telefon (0202)	563 69 30
Fax (0202)	563 47 57
E-Mail	Kerstin.Weber@stadt.wuppertal.de
Datum	01.02.01

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses Schutz und Ordnung am 31.01.2001

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Klaus Peter Bartsch ,

von der CDU-Fraktion

Herr Heinz-Peter Brakelmann , Herr Horst Hombrecher für Herrn Stv. Spiecker, Herr Günter Pott ,
Herr Andreas Weigel ,

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert , Herr Wolfgang Hahn , Herr Eberhard Hasenclever , Herr Arif Izgi , Herr
Richard Reczko für Frau Stv. Neuschäfer,

von der FDP-Fraktion

Herr Uwe Kreis ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Herr Guido Gehrenbeck für Frau Siller,

als sachkundige Einwohner

Herr Pol.-Dir. Rainer Blaudzun für die Polizei, Herr Winfried Schrahe für die Freiwillige Feuerwehr,

Ausländerbeirat

Herr Naciri Abdeluahid ,

von der Verwaltung

Herr Werner Fischer , Herr Axel Frieß , Herr Michael Mehler , Herr Thomas Piqué , Herr Wolfgang
Schmidt , Herr Ulrich Schulte , Herr Klaus-Peter Stein ,

vom Personalrat

Herr Jörg Beier , Herr Kurt Funk ,

als Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Herr Beig. Udo Hackländer ,

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Siegfried Brütsch , Herr Dr. Werner Henning , Herr Ralf Loewen , Herr Joachim Rubert ,

Schriftführerin

Frau Kerstin Weber ,

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 17:07 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Hasenclever bittet die Verwaltung, zu dem, von der SPD-Fraktion in Form einer Tischvorlage erstellten, Fragenkatalog bis zur Ausschußsitzung am 09.05.2001 Stellung zu nehmen.

Ansonsten bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Herr Hasenclever merkt an, dass der SPD-Fraktion die Niederschrift nicht zur Unterschrift vorgelegt wurde. Er bittet die Schriftführerin, dieses zukünftig wieder zu veranlassen.

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 31.01.2001:

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird genehmigt.

Einstimmig.

2 **Aufhebung der Großmarktsatzung - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Vorlage: 7001/01**

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 31.01.2001:

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Einstimmig.

3 **Ausschussauftragsmanagement Sachstandsberichte zu den Baumaßnahmen Feuerwache II, Hahnerberg, Linde und Nächstebreck (mdl. Bericht)**

Herr Hackländer berichtet, dass der aktuelle Sachstand grundsätzlich unverändert ist. Über die Förderanträge wurde bisher nicht entschieden.

Er erläutert, dass nach wie vor die Möglichkeit besteht, sowohl die Wünsche der Gewerbebetriebe, als auch die der Feuerwehr auf Korzert zu befriedigen.

Gleichwohl wurde das Gebäudemanagement mit der Prüfung beauftragt, ob Turm, Übungsplatz und Unterrichtsräume in der Baumaßnahme Linde untergebracht werden können, falls eine Realisierung der geplanten Baumaßnahmen am Hahnerberg nicht zum Erfolg führen.

Er unterstreicht, dass der Geschäftsbereich, vor allem in Anbetracht der derzeitigen Haushaltslage, nichts unternommen wird, was die Bereitstellung der Fördermittel gefährden könnte.

Herr Brakelmann gibt zu Protokoll, dass es für die CDU-Fraktion

besonders wichtig ist, dass der Bau der Feuerwache II verwirklicht wird.

4 **Personalsituation bei der Berufsfeuerwehr**

Vorlage: 7002/01

Herr Gehrenbeck ergänzt den bereits vorliegenden Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unter Anlehnung an die Tischvorlage der SPD-Fraktion, um zwei weitere Fragen:

Aus der Stellungnahme der Feuerwehr geht hervor, dass mit einem Löschzug 12,8 Mitarbeiter ausrücken, obwohl 15 Mitarbeiter vorgesehen sind. Was bedeutet das a) für die Sicherheit der Bevölkerung? und b) für die Sicherheit der Mitarbeiter?

⇒ Herr Brütsch erläutert zu a), dass nur in dem Umfang geholfen werden kann, in dem Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Wenn ein Löschzug mit verminderter Mitarbeiterstärke ausrückt, kann auch nur vermindert geholfen werden. Um die Sicherheit der Bevölkerung ausreichend zu gewährleisten, hat die Feuerwehr sogenannte `Unterbesetzungsstrategien` entwickelt. Beispielsweise wird versucht, die Minderbesetzung eines Löschzuges durch mehrfache tägliche Personalverschiebungen zu verhindern. Des Weiteren wird die Berufsfeuerwehr durch den Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr unterstützt.

⇒ Zu b) erklärt er, dass ein minder besetzter Löschzug auch immer ein Risiko für die Mitarbeiter birgt. Jeder Mitarbeiter der in ein brennendes Haus hinget, erwartet, dass draußen ein Kollege steht, der ihn retten kann, wenn ihm etwas passiert. Wenn Mitarbeiter älter werden, lässt auch ihre Leistungsfähigkeit nach. Um die Sicherheit der Mitarbeiter zu gewährleisten, legt die Feuerwehr großen Wert auf das Durchschnittsalter und die damit verbundene Leistungsfähigkeit seiner Mitarbeiter. Die kontinuierliche Durchführung von Grundlehrgängen ist daher unabdingbar.

Herr Hackländer nimmt vorab mündlich zu der Tischvorlage der SPD-Fraktion Stellung. Er weist darauf hin, dass die Feuerwehr in den letzten Jahren gezwungen war, durch Rationalisierungsmaßnahmen, sowohl in personeller als auch in technischer Hinsicht, 3 Mio. DM einzusparen. Dieses führte zwangsläufig zu einer Verminderung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr im Allgemeinen.

Die Fragen 1 und 2 der Tischvorlage beantwortet er wie folgt:

1. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Verwaltung durchzuführen, um den derzeitigen Personalbedarf von insgesamt 37 Mitarbeitern auszugleichen?

⇒ Dieses ist nur durch schriftliche und mündliche Forderungen beim Verwaltungsvorstand und dem Kämmerer möglich.

2. Kann die Verwaltung bei der derzeitigen Personalsituation die vollständige Einsatzbereitschaft der Wuppertaler Berufsfeuerwehr garantieren?

⇒ Ja.

Herr Hasenclever spricht sich für eine Zusammenarbeit von Verwaltung

und Politik aus, damit es trotz der derzeitigen Haushaltssituation für die Feuerwehr zu einer Besserung kommt.

Herr Gehrenbeck fragt an, ob die Personalsituation bei der Feuerwehr nicht durch einen (zusätzlichen) Grundlehrgang entschärft werden könne.

Herr Hackländer antwortet, dass erst einmal der weitere Verlauf der Diskussion über die Haushaltssituation abgewartet werden müsse. Geplant sei ein Grundlehrgang auf jeden Fall.

Abschließend bittet der Vorsitzende die Verwaltung, bis zur Maisitzung, unter haushaltsrechtlichen und personellen Gesichtspunkten, Lösungen aufzuzeigen, wie in diesem und im nächsten Jahr verfahren werden muss und kann, um eine Verbesserung für die Feuerwehr herbeizuführen.

**5 Kommunalen Ordnungsdienst (mdl. Bericht)
- Vorstellung / erste Erfahrungen -**

Herr Loewen stellt einen Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes, Herrn Johannes Zeyen, in Dienstkleidung vor.

Herr Hackländer erläutert, dass die Dienstkleidung so ausgesucht wurde, dass die Mitarbeiter als Ansprechpartner zu erkennen sind. Das Dienstwappen trägt, entgegen der eigentlichen Ressortbezeichnung, die Aufschrift `Ordnungsamt der Stadt Wuppertal`. Er gesteht ein, dass die Dienstkleidung eine gewisse Ähnlichkeit mit der der VSG hat, was er, aufgrund der ähnlichen und sich teilweise überschneidenden Aufgaben, aber für nicht schädlich hält.

Herr Loewen berichtet, dass seit 01.01.2001 acht Mitarbeiter im Außendienst in den Innenstädten von Barmen und Elberfeld beschäftigt sind. Diese Mitarbeiter wurden geschult, ihre Tätigkeit in einem angemessenen Rahmen und mit Fingerspitzengefühl auszuüben. Die Arbeit findet nach Dienstanweisung statt. Für die Bevölkerung wurde eine Infobroschüre entworfen, die auch die Höhe der Verwarn- und Bußgelder enthält. Zur Zeit wird versucht, ein intensives Informations- und Kommunikationsnetz mit anderen Institutionen, wie Polizei, VSG, Bundesgrenzschutz, Bahn AG usw. aufzubauen. Ein Erfahrungsbericht kann nach der erst kurzen Einsatzzeit noch nicht erfolgen.

Herr Zeyen berichtet, dass er die Resonanz der Bevölkerung als positiv empfindet.

Auf Anfrage teilt er mit, dass es bisher noch nicht zu tätlichen Angriffen gekommen sei, dass aber alle Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes zur Eigensicherung bereits an einem Selbstverteidigungskurs teilgenommen haben.

Herr Loewen weist abschließend darauf hin, dass der Einsatz des Kommunalen Ordnungsdienstes keinen Beitrag zur Entlastung der Haushaltssituation leisten kann.

Herr Hackländer berichtet, dass die Stadt Wuppertal in den nächsten drei Jahren Mindereinnahmen in Höhe von 250 Mio. DM zu erwarten hat. Diese resultieren u.a. aus der Steuerreform, der Landesgesetzgebung und dem Zweiten Modernisierungsgesetz. Zusätzlich sind Wegfälle bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen.

Des weiteren wird die Sanierung öffentlicher Gebäude ein Volumen von 300-500 Mio. DM, sowie die Renovierung von Theater und Opernhaus ein Volumen von 80 Mio. DM umfassen.

Dieses ist von der Stadt nicht zu leisten.

Daher wurde eine Haushaltssperre verhängt. Die Haushaltssperre hat Auswirkungen dahingehend, dass keine neuen Projekte der Stadt mehr begonnen, sondern nur bereits begonnene Projekte zu Ende geführt werden können. Des weiteren gilt eine Wiederbesetzungssperre, die nur in begründeten Ausnahmefällen umgangen werden kann.

Der Verwaltungsvorstand hat eine Klausurtagung einberufen, auf der alle städtischen Aufgaben auf den Prüfstand gestellt werden sollen. Herr Hackländer warnt davor, auf die dort erstellten Listen zu voreilig zu reagieren, weist jedoch darauf hin, dass grundsätzlich auch Kürzungen bei Pflichtaufgaben möglich sind.

Er unterstreicht, dass die derzeitige Haushaltssituation nur durch erhebliche Einschnitte in vielen Bereichen verbessert werden kann.

7 Verschiedenes, Mitteilungen der Verwaltung

Kein Beratungsbedarf.

Bartsch
Vorsitzender

Hackländer
Geschäftsbereichsleiter

Izgi
stellv. Vorsitzender

Weber
Schriftführerin